



BDI

Bundesverband der
Deutschen Industrie e.V.

Bundestagswahl 2025

Eine neue Agenda für Wachstum

Forderungen des BDI für die 21. Legislaturperiode, um den
Standort Deutschland aus der Strukturkrise zu führen

Publikation

<https://bdi.eu/publikation/news/bundestagswahl-2025-eine-neue-agenda-fuer-wachstum>



*Einfach den QR-Code mit dem
Smartphone oder Tablet einscannen
und die digitale Version öffnen.*

Inhalt

<i>Einleitung</i>	5
<i>1. Den Standort wieder wettbewerbsfähig machen</i>	8
<i>2. Den Staat modernisieren</i>	12
<i>3. Mit Innovationen erfolgreich sein</i>	16
<i>4. Deutschland als starker Partner der Welt</i>	20
<i>Impressum</i>	24

Zeit zu handeln

Der Standort Deutschland verliert an Wettbewerbsfähigkeit. Besonders betroffen ist davon die Industrie – ihre Produktion liegt heute deutlich niedriger als noch vor fünf Jahren, zuletzt hat sich der Rückgang sogar beschleunigt. Die nächste Bundesregierung muss diesen Trend umkehren. Vereinzelte Korrekturen und Verbesserungen werden dem Ernst der Lage nicht mehr gerecht, stattdessen muss die Stärkung der Wachstumskräfte in den Mittelpunkt der Politik rücken. Es geht darum, die industrielle Basis zu sichern und Innovationen zu entfesseln. Wenn das gelingt, kann Deutschland eine führende Wirtschaftsnation bleiben und die Industrie auch künftig zu Wohlstand und gesellschaftlichem Zusammenhalt beitragen. Es braucht dafür nicht weniger als eine entschlossene, neue Agenda für Wachstum. Die Zeit zu handeln ist spätestens jetzt.



Einleitung

Nach einer langen wirtschaftlichen Hochphase geriet der Wachstumsmotor bereits 2017 ins Stottern, also vor der Corona-Pandemie und dem Ukraine-Krieg. Strukturelle Reformen sind viel zu lange liegen geblieben, Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit ist im freien Fall. Im Ergebnis steht der Standort Deutschland heute unter nie dagewesenem Druck. Diese Strukturkrise trifft auf eine Welt im Umbruch, der unser exportorientiertes Geschäftsmodell unmittelbar betrifft: Russland bedroht Europas Sicherheit, die regelbasierte Weltwirtschaftsordnung erodiert und der internationale Handel wird zunehmend durch geopolitisch motivierte Eingriffe beeinträchtigt.

Trotz der schwierigen Ausgangslage bieten sich auch Chancen: Mit einer zukunftsorientierten Wirtschaftspolitik können wir das Ruder rumreißen und Deutschland wieder zu einem attraktiven Ort für Investitionen machen. Denn weltweit entstehen neue Technologien und Märkte. Täglich beweisen deutsche Unternehmen ihre Innovationsstärke und Anpassungsfähigkeit im internationalen Wettbewerb, wie etwa in den Energietechnologien und der Mobilität bis hin zur forschungsintensiven Gesundheitswirtschaft. Bei aller Sorge um die Zukunft des Standorts: Deutschland kann eine führende Industrienation bleiben, wenn es seine Chancen nutzt.

Im Moment allerdings fährt Deutschland auf Verschleiß. Ohne eine neue wirtschaftspolitische Agenda zehrt das Land immer weiter seine Substanz auf – mit spürbaren Wohlstandsverlusten für alle. Nur wenn es in den kommenden Jahren gelingt, durch tiefgreifende Strukturreformen einen neuen Kurs einzuschlagen und durch gestärkte Innovationskraft mehr Investitionen anzuziehen, wird Deutschland den Pfad der schleichenden Deindustrialisierung verlassen können.

Die nächste Bundesregierung braucht einen zielgerichteten Neustart, der Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit in einer übergreifenden Agenda in den Fokus des Handelns rückt. Deutschlands politische Stärke hängt mehr denn je von seiner wirtschaftlichen Stärke ab. Das gilt sowohl für die Gestaltungskraft im Inneren als auch für die Handlungsfähigkeit nach Außen. Eine neue wirtschaftspolitische Agenda, die deutlich über den Horizont einer Legislaturperiode hinausreicht und durch nachhaltige strukturelle Reformen Wachstum entfesselt, sorgt auch für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und Wohlstand von morgen.

Dazu muss sich die Wirtschaftspolitik der nächsten Bundesregierung auf folgende grundlegende Prinzipien besinnen:

Vertrauen statt Regeln bis ins Kleinste

Seit Jahren wächst der Berg von kleinteiligen Regelungen und Vorschriften, die unternehmerische Freiheiten einschnüren. Daran sind viele Ebenen beteiligt: Europa erschafft immer komplexere Regelwerke. Berlin legt bei der nationalen Umsetzung stets noch mehr obendrauf. Auch die Länder tragen wenig zur Vereinfachung bei. Die kommende Bundesregierung muss gegensteuern, sie sollte eine neue Kultur des Vertrauens in die Verantwortung von Menschen und Unternehmen schaffen. Ebenso entscheidend sind Planbarkeit und Verlässlichkeit. Nur mit langfristig verlässlichen Rahmenbedingungen entsteht ein Klima, in dem Unternehmen zuversichtlich investieren.

Prioritäten im Haushalt statt Abschaffung der Schuldenbremse

Die staatlichen Haushaltsspielräume werden in den kommenden Jahren begrenzt bleiben. Daher ist eine ehrliche Debatte über staatliche Aufgaben und deren Finanzierung unausweichlich. Klar ist, dass ein besonderes Augenmerk auf der Stärkung der Wachstumskräfte liegen muss, weil nur eine erfolgreiche Wirtschaft die finanziellen Grundlagen des Staates dauerhaft sichern kann. Der jahrelange Investitionsstau erfordert zusätzliche öffentliche Investitionen in Infrastruktur, Transformation und Resilienz. Die Finanzierung der staatlichen Aufgaben muss dem Dreiklang der folgenden Prinzipien folgen: Effizientere staatliche Mittelverwendung, klare Prioritätensetzung und Strukturreformen und nur für verbleibende Investitionsbedarfe klar eingegrenzte Sondervermögen über einen über eine Legislaturperiode hinausgehenden Zeitraum. Eine Abschaffung der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse ist weiterhin abzulehnen.

Erfolgreiche Transformation statt schleichender Deindustrialisierung

Die deutsche Industrie treibt den grünen und digitalen Wandel voran, doch die Zeit und die Wettbewerber laufen uns davon. Die kommende Bundesregierung muss sich einer industriepolitischen Agenda verschreiben, mit der die Transformation zum Erfolg wird – sonst droht eine schleichende Deindustrialisierung. Im Kern muss diese Agenda mit dem Dreiklang aus ökologischem Fortschritt, ökonomischer Wettbewerbsfähigkeit und technologischer Offenheit Ernst machen. Bei grünen und digitalen Technologien kann bis 2030 ein Weltmarkt von jährlich mehr als 15 Billionen Euro entstehen. Deutschland hat vor allem bei Klimatechnologien, industrieller Automatisierung und Gesundheit gute Ausgangschancen. Diesen und den vielen weiteren deutschen Zukunftsbranchen mit Wachstumschancen muss der Weg zu einer erfolgreichen Transformation geebnet werden.

**Die nächste Bundesregierung braucht
einen zielgerichteten Neustart, der
Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit
in einer übergreifenden Agenda in den
Fokus des Handelns rückt.**

Trotz der schwierigen Ausgangslage bieten sich auch Chancen: Mit einer kraftvollen Wirtschaftspolitik können wir das Ruder rumreißen und Deutschland wieder zu einem attraktiven Ort für Investitionen machen.

Den Standort wieder wettbewerbsfähig machen

Hohe Investitionen in der Gegenwart bedeuten
starkes Wirtschaftswachstum in der Zukunft.

Deutschlands mittelfristige Wachstumsaussichten sind mit 0,4 Prozent pro Jahr besorgniserregend schlecht. Bei vielen zentralen Standortfaktoren ist Deutschland im internationalen Vergleich weiter zurückgefallen. In Deutschland zu investieren, ist für viele Unternehmen nicht mehr attraktiv. Die Steuerbelastung ist im weltweiten Vergleich und gegenüber dem EU-Durchschnitt viel zu hoch. Folgerichtig sind die privaten Bruttoinvestitionen hierzulande auf unter zwölf Prozent gefallen, während sie in anderen europäischen Industrieländern wie Frankreich oder den USA über 13 Prozent liegen. Niedrige Investitionen in der Gegenwart bedeuten schwaches Wirtschaftswachstum in der Zukunft. Es gilt daher, alle Hebel in Bewegung zu setzen, um den Standort Deutschland wieder wettbewerbsfähig zu machen.

Einen Investitionsboom auslösen

1,4 Billionen Euro zusätzliche Investitionen bis 2030 sind für das Gelingen der Transformation nötig. Gute zwei Drittel davon sind private Investitionen. Damit sie getätigt werden, sind die Rahmenbedingungen allerdings wesentlich zu verbessern. Um Investitionen wirksam anzukurbeln, sind verschiedene Instrumente sinnvoll. So sind vor allem bessere, langfristig planbare Abschreibungsbedingungen notwendig. Die degressive Abschreibung sollte verlängert und zudem sollten eine Investitionsprämie eingeführt und die Forschungszulage ausgebaut werden. Deutschland muss darüber hinaus seine Schwächen bei Unternehmensgründungen und ihrer Finanzierung beheben. Dazu kann ein Wachstums- und Investitionsfonds für Schlüsseltechnologien geschaffen werden, der über die bisherigen Instrumente hinausgeht. Insgesamt sollte die private Investitionstätigkeit in den Feldern Infrastruktur, Bildung und Wohnen, Klimaschutz und Transformation sowie für die Resilienz gefördert werden. Dabei sind höhere öffentliche Ausgaben zur Mobilisierung mancher privater Investitionen und der Anreiz der heimischen Nachfrage nach grünen Technologien nötig. Entscheidend ist, dass der Mut für die Priorisierung einer solchen Investitionsagenda aufgebracht wird. Um auch die Bautätigkeit wieder zu steigern und so dem Bedarf nach mehr klimafreundlichen Wohnraum gerecht zu werden, sind langfristig verlässliche Rahmenbedingungen notwendig.

Eine Infrastrukturoffensive starten

Die öffentlichen Investitionen in die Infrastruktur, Gebäude und Wohnen müssen im nächsten Jahrzehnt in der Größenordnung von rund 315 Milliarden Euro erhöht werden. Nahezu die Hälfte des Bedarfs in Höhe von rund 160 Milliarden Euro entfällt auf die Verkehrsinfrastruktur. Die Bildungsinfrastruktur erfordert Investitionen von 100 Milliarden Euro. Für Gebäude sind zur Sanierung und den Neubau sowie die klimaneutrale Wärmeversorgung 56 Milliarden Euro an Fördermitteln notwendig. Unter der Voraussetzung, dass eine effizientere öffentliche Mittelverwendung sichergestellt, notwendige Strukturreformen angegangen und investive Ausgaben priorisiert werden, können dafür inhaltlich und zeitlich präzise definierte Sondervermögen mit verfassungsgebender Mehrheit eingerichtet werden. Gleichzeitig muss insbesondere die Finanzierungsarchitektur im Verkehrssektor überarbeitet werden, damit Investitionen nicht länger nach Kassenlage erfolgen und Planungsbüros und Bauindustrie mehr Planungssicherheit für den eigenen Kapazitätsaufbau und die Realisierung von Infrastrukturvorhaben erhalten. Dafür muss der Bund dedizierte Nutzungsentgelte wie die Lkw-Maut sowie zusätzlich notwendige Haushaltsmittel in stabilen, zugriffsfesten, über- und mehrjährig angelegten Finanzierungsvereinbarungen für die einzelnen Verkehrsträger zusammenführen und diese mit langfristigen, rollierenden Infrastrukturentwicklungsplänen verknüpfen.

Für wettbewerbsfähige Energiepreise sorgen

Dem Standort Deutschland fehlt es an Klarheit über die künftige Energieversorgung. Offen ist vor allem, wie sich die Kosten des Stromsystems entwickeln werden. Die künftige Bundesregierung muss daher für eine dauerhafte Senkung der Strompreise sorgen. Sie sollte dazu die Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß begrenzen. Die Netzentgelte sollten durch einen Zuschuss aus dem Bundeshaushalt auf ca. 3 Cent je Kilowattstunde begrenzt werden, was allen Verbrauchern zugutekommen würde. Schließlich sollte die Finanzierung der Strompreiskompensation dauerhaft abgesichert und auf weitere Felder ausgeweitet werden. Perspektivisch darf vor allem der Netzausbau nicht zur Kostenfalle werden. Möglichkeiten für einen effizienteren Ausbau müssen daher konsequent genutzt werden, etwa durch den Bau von Freileitungen statt Erdkabeln. Kostengünstige Erneuerbare Energien müssen im Einklang mit der Energieinfrastruktur geplant und ausgebaut werden. Schließlich müssen die Potenziale des europäischen Energiebinnenmarkts wesentlich besser genutzt werden. So könnten die europäischen Großhandelspreise für Strom langfristig deutlich sinken, wenn Erneuerbare Energien vor allem an den kostengünstigsten Standorten in der EU ausgebaut und die notwendigen Interkonnektoren geschaffen würden.

Ein international wettbewerbsfähiges Steuersystem schaffen

Um deutsche Unternehmen im internationalen Wettbewerb zu stärken und die Wirtschaftsleistung anzukurbeln, muss die Steuerbelastung von Unternehmen auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau von maximal 25 Prozent gesenkt werden. Dazu gehören eine Anrechnung der Gewerbesteuer auf die Körperschaftsteuer und die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags. Zur Entlastung von Mittelstand und Personenunternehmen muss insbesondere die Besteuerung der einbehaltenen und reinvestierten Gewinne verbessert werden. Verluste müssen steuerlich schneller geltend gemacht werden können, indem die Höhe des Verlustrücktrags erhöht und die Mindestbesteuerung beim Verlustvortrag abgeschafft werden. Um Investitionsanreize zu setzen, sollte insbesondere die degressive AfA dauerhaft verlängert werden. Zudem müssen steuerliche Hemmnisse für Umstrukturierungen beseitigt und das Unternehmenssteuerrecht strukturell modernisiert werden.

Die Arbeits- und Fachkräftebasis erweitern

Die kommende Bundesregierung muss ein stimmiges Gesamtkonzept zur Bekämpfung des Arbeits- und Fachkräftemangels entwickeln. Ziel muss es sein, das Arbeitsangebot in Deutschland wieder zu erhöhen. Dazu sollte das inländische Arbeitskräftepotenzial noch besser erschlossen werden – durch eine aktivierende Arbeitsmarktpolitik, höhere Arbeitsanreize im Transfersystem und zielgerichtete Qualifizierung. Zudem müssen Frühverrentungsanreize beseitigt und eine weitere schrittweise Anhebung des Renteneintrittsalters erwogen werden. Besonderes Augenmerk muss auf die Erwerbsbeteiligung von Frauen gelegt werden. Durch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist hier noch viel Potenzial zu heben. Ergänzt werden muss dies durch eine gezielte arbeitsmarktorientierte Zuwanderung aus Nicht-EU-Staaten. Ein Problem sind hier nach wie vor die komplizierten und langwierigen Verwaltungsverfahren.

Es gilt, alle Hebel in Bewegung zu setzen, um den Standort wieder wettbewerbsfähig zu machen.



Den Staat modernisieren

Die nächste Bundesregierung muss eine übergreifende Modernisierungsagenda für die öffentliche Verwaltung starten und die Infrastruktur mit umfassenden Investitionen ertüchtigen.

Die Unternehmen in Deutschland sind gefesselt. Ausufernde Regulierung, komplizierte Bürokratie und langwierige Genehmigungsverfahren bremsen alle, die in Deutschland Unternehmer sind oder werden wollen. Die nächste Bundesregierung muss einen grundlegenden Kulturwandel einleiten – hin zu einer vertrauensbasierten Regulierung, die einen klaren Rahmen setzt, aber Unternehmen größtmögliche Freiheit lässt. Das bedeutet konkret, dass viele Berichts- und Dokumentationspflichten gestrichen werden müssen. Planungs- und Genehmigungsverfahren müssen erheblich beschleunigt werden. Doch damit allein ist es nicht getan: Der Staat muss sich selbst noch umfassender modernisieren. Gerade die Behörden laufen dem Fortschritt hinterher, eine digitale Verwaltung ist in Deutschland alles andere als selbstverständlich. Die nächste Bundesregierung muss daher eine umfassende Modernisierungsagenda für die öffentliche Verwaltung starten.

Lade- und H₂-Tankinfrastrukturen aufbauen

Der Hochlauf alternativer Antriebe, v. a. Elektromobilität, setzt den vorauslaufenden, flächendeckenden und bedarfsgerechten Aufbau von Lade- und Wasserstoff-Tankinfrastrukturen voraus. Dafür gilt es, den „Masterplan Ladeinfrastruktur II“ und ergänzende Maßnahmen beschleunigt umzusetzen. Für Pkw-Ladeinfrastruktur sind Ladeleistung und Flächenabdeckung als Zielgrößen zu ergänzen. Für schwere Nutzfahrzeuge sind der rasche Aufbau des Initialnetzes auf Bundesautobahnen, weitere öffentliche Hochleistungs-Ladeinfrastrukturen, betriebliches Laden und Wasserstoff-Tankstellen entscheidend. Finanzielle Förderungen insbesondere für öffentlich zugängliches Laden sollten verstetigt und für Netzanschlüsse neu eingeführt werden. Zentrale Hemmnisse wie fehlende öffentliche Flächen und Netzanschlüsse sind aufzulösen sowie bürokratische und regulatorische Hürden abzubauen.

Digitale Infrastruktur konsequent ausbauen

Eine moderne digitale Infrastruktur, die Gigabit-Bandbreiten, geringe Latenzen und hohe Resilienz bietet, ist zentral, damit Unternehmen – auch in ländlichen Regionen – die Potenziale wichtiger Zukunftstechnologien heben können. Privat vor Staat und Infrastrukturwettbewerb sind die besten Garanten für resiliente Infrastrukturen und den weiteren Ausbau. Sie müssen daher Leitprinzipien bleiben. Um den privatwirtschaftlichen Ausbau nicht zu bremsen, muss die Gigabitförderung des Bundes bei einer Milliarde Euro pro Jahr verstetigt werden. Außerdem müssen Genehmigungsverfahren vollständig digitalisiert und gestrafft werden, insbesondere durch die konsequente Umsetzung von Genehmigungs- und Vollständigkeitsfiktionen für den Mobilfunkausbau. Daneben soll im Festnetz die Kupfer-Glasfaser-Migration wettbewerbserhaltend umgesetzt werden. Darüber hinaus braucht es als weiteren Teil digitaler Infrastruktur nationale und europäische Hochleistungsrechenkapazitäten, für die der Staat als Ankerkunde auftreten sollte.

Eine ganzheitliche Modernisierungsagenda für die öffentliche Verwaltung umsetzen

Die öffentliche Verwaltung braucht dringend eine ganzheitliche Modernisierungsagenda. Es muss zwingend sichergestellt sein, dass Steuergelder effizient eingesetzt und nicht in jeder Verwaltungseinheit personalaufwendige und kostspielige Lösungen für identische Probleme entwickelt werden. Dafür müssen jene der 575 Leistungspakete des Onlinezugangsgesetzes, die für die Wirtschaft von hoher Relevanz sind, spätestens binnen drei Jahren umfassend digitalisiert bundesweit verfügbar sein. Bis 2025 muss die Modernisierung der 19 Prio-Register abgeschlossen und anschließend die Modernisierung aller weiteren Register zügig vorangetrieben werden. Das Organisationskonto muss bundesweit verfügbar sein und konsequent als Schnittstelle zwischen Staat und Wirtschaft genutzt werden. Im Zuge der Verwaltungsdigitalisierung wird immer deutlicher, dass die aktuelle Kompetenzaufteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen zunehmend an Grenzen der Leistungsfähigkeit stößt. Es braucht einen neuen Schulterschluss zwischen Bund und Ländern, um Blockaden zu lösen. Denkbare Wege sind eine umfassende Föderalismusreform, gezielte Grundgesetzänderungen und spezifische Staatsverträge.

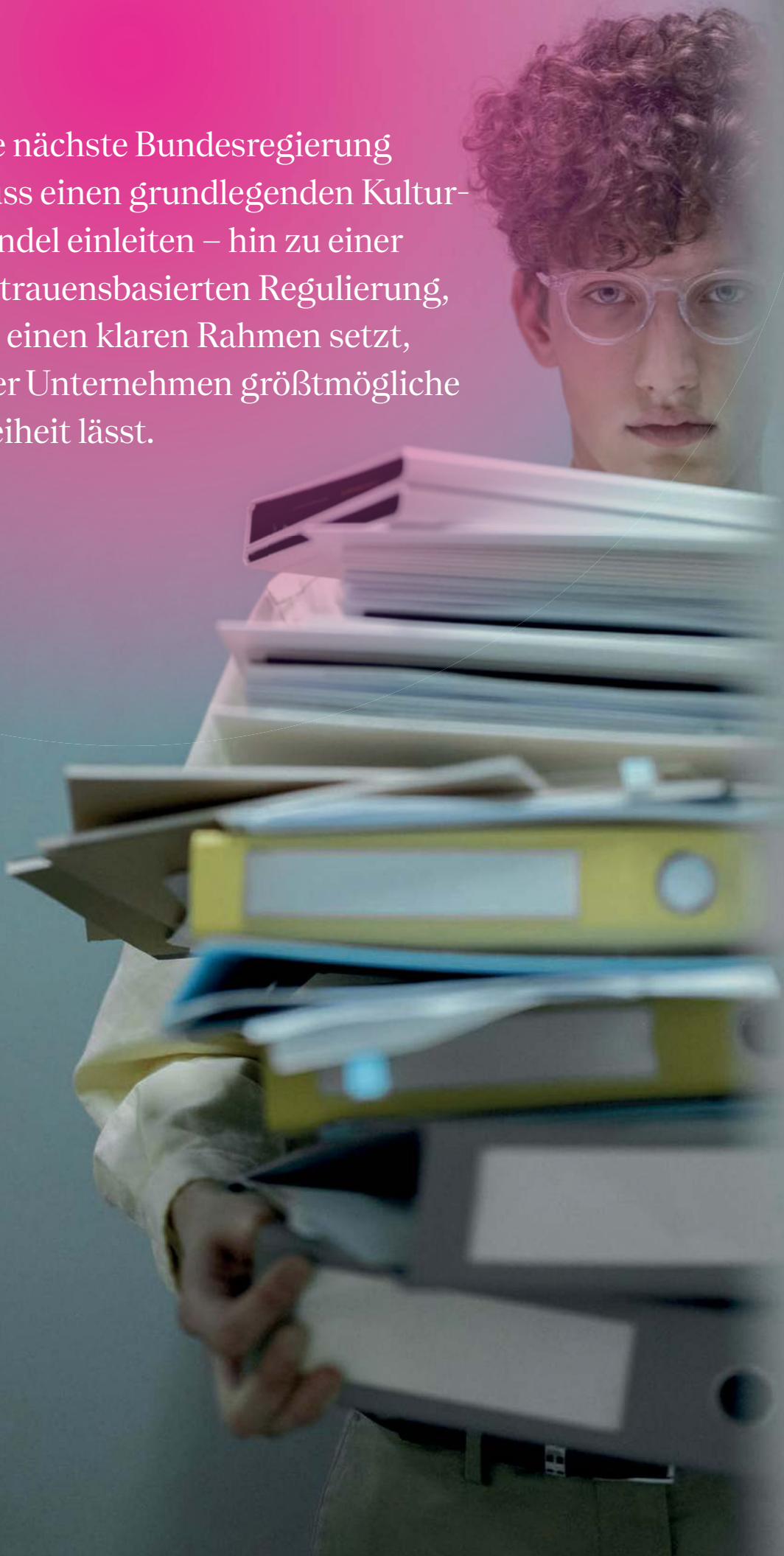
Bürokratie ab- und Vertrauen konsequent aufbauen

Die Bundesregierung muss den weiteren Anstieg bürokratischer Belastungen verhindern und die Wirtschaft von bestehender Bürokratie entlasten. Es braucht verbindliche Netto-Abbauziele, die Weiterentwicklung der „One in, one out“-Regel samt Streichung von Ausnahmen sowie praxistaugliche und mittelstandsfreundliche Rahmenbedingungen. Dazu gehört z. B. die Entschlackung der Umsetzungsvorgaben der Nachhaltigkeitsberichterstattung und des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes, eine Positivliste für Staaten mit hohem Rechtsdurchsetzungsniveau sowie ein level playing field durch Eins-zu-eins-Umsetzung von Richtlinien. Zudem gilt: Wer unternehmerisches Praxiswissen frühzeitig berücksichtigt – z. B. mit Praxischecks – kann Bürokratie realistischer abschätzen und gezielt vermeiden. Es braucht ein weiteres Bürokratieentlastungsgesetz, in dem die konkreten Vorschläge der Verbände aus dem Frühsommer 2023 aufgegriffen werden. Eine vertrauensbasierte Regulierung setzt einen klaren Rahmen, in dem Unternehmen eigenverantwortlich agieren können. Viel Bürokratie könnte dadurch entfallen und Planungen und Genehmigungen beschleunigt werden. Die europäische Stoffpolitik muss weiterhin auf risikobasierten, stoffspezifischen Ansätzen beruhen. Eine Ausweitung generischer Ansätze zur Chemikalienregulierung und pauschale Verbote ganzer Stoffgruppen, wie z. B. bei PFAS, schaden der Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der Industrie und sind abzulehnen.

Verfahrensbeschleunigung in der Verwaltung massiv ausbauen

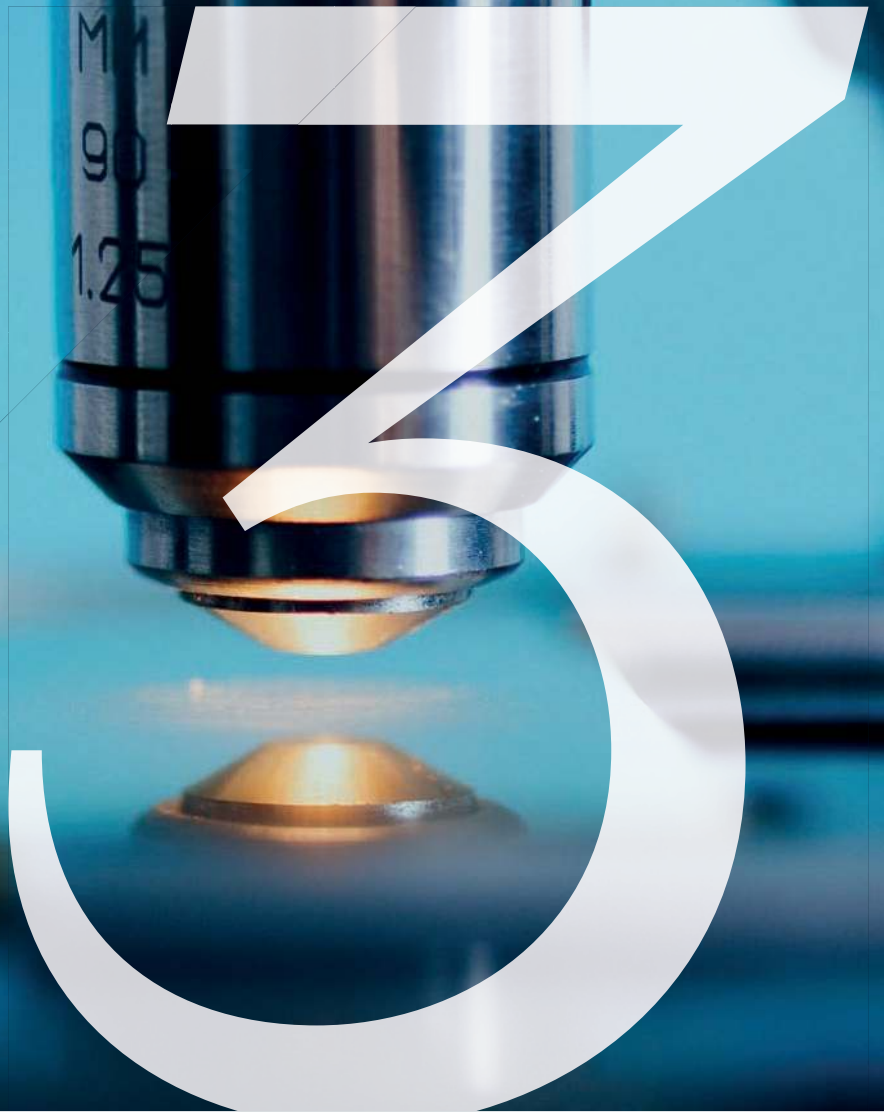
Anstatt Probleme zu suchen und damit Vorhaben zu verhindern, braucht Deutschland einen Wandel hin zu einer Vertrauens- und Ermöglichungskultur. Die politische Ebene muss diese Kultur vorleben und Entscheidungsbefugnisse sowie den Beurteilungsspielraum der Verwaltung entschieden stärken. Sinnvoll wäre ein kombinierter Ansatz von Standardisierung fachlicher Anforderungen und Rücknahme der gerichtlichen Überprüfung bei der Auslegung unbestimmter Rechtsbegriffe. So können die notwendige Entschlossenheit auf Behördenseite gestärkt und vorhandene Ermessensspielräume lösungsorientiert und im Rahmen der geltenden Vorschriften genutzt werden. Ein wichtiger und dringender Schritt wäre zudem, das Vergaberecht im Unterschwellenbereich bundesweit zu vereinheitlichen.

Die nächste Bundesregierung muss einen grundlegenden Kulturwandel einleiten – hin zu einer vertrauensbasierten Regulierung, die einen klaren Rahmen setzt, aber Unternehmen größtmögliche Freiheit lässt.



Mit Innovationen erfolgreich sein

In der aktuellen geoökonomischen Umbruchphase kommt es darauf an, an der Spitze transformativer und disruptiver Technologien zu stehen.



Innovationen sind der Kern unseres wirtschaftlichen Erfolgs, die dem Standort im geoökonomischen Wettbewerb den entscheidenden Vorteil verschaffen. In dieser geoökonomischen Umbruchphase kommt es darauf an, an der Spitze transformativer und disruptiver Technologien zu stehen. Es muss dafür wesentlich schneller gelingen, Innovationen zur Marktreife zu führen und durch gute Rahmenbedingungen für Business Cases Investitionen anzuziehen. Eine starke Forschungslandschaft ist nach wie vor am Standort vorhanden, aber es mangelt an raschem Transfer und einer kohärenten politischen Unterstützung. Offenheit für Innovationen stärkt die globale Wettbewerbsfähigkeit, begünstigt die Ansiedelung von Spitzentechnologien am europäischen Standort und leistet damit einen Beitrag zur strategischen Souveränität.

Transfer aus der Forschung zu marktreifen Lösungen verbessern

Erfolgreicher Transfer ist ein Schlüsselfaktor für die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie, wobei sich besonders diejenigen Transferwege bewährt haben, die auf einer an den wechselseitigen Bedarfen orientierten, langfristigen Partnerschaft zur Erarbeitung von Forschungsergebnissen und ihrer rechtssicheren Nutzung basieren. Dazu zählen, dass die Transferstrukturen und Transferstellen an den Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen nach dem Vorbild erfolgreicher Standorte professionalisiert und mittelstandsorientierte Förder- und Transferprogramme, wie die industrielle Gemeinschaftsforschung und das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand, gestärkt werden. Ferner ist es notwendig, staatliche Förderinstitutionen wie die SPRIND (Bundesagentur für Sprunginnovationen) noch besser im Innovationssystem zu verankern und die DATI (Deutsche Agentur für Transfer und Innovation) in ihr komplementär auszurichten. Die Förderung von Forschungs- und Transferprogrammen muss als zentraler Aspekt der Standortsicherung und zur Stärkung der nationalen Wettbewerbsfähigkeit anerkannt und dementsprechend das 3,5-Prozent-Ziel für die gesamtstaatlichen Investitionen in Forschung und Entwicklung vorrangig berücksichtigt werden. Um im globalen Wettrennen um die Zukunftsmärkte eine Vorreiterrolle einzunehmen, sollte die Bundesregierung ebenso Normung und Standardisierung künftig gezielt als Instrument von Industriepolitik und festen Bestandteil von Handelsstrategien nutzen.

Exzellenz fördern und Nationale Missionen strategisch planen

Um international Anschluss zu finden, ist eine Stärkung der Forschungsexzellenz notwendig, denn nicht der Durchschnitt des Systems, sondern die Spitzengruppe bestimmt maßgeblich die Innovationsleistung einer Volkswirtschaft. Die Exzellenzinitiative ist dafür zu kleinteilig angelegt. Es gilt, ein Programm aufzulegen und entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen, damit einzelne Einrichtungen tatsächlich zur Weltspitze aufschließen können. Dies bedeutet eine Abkehr vom Gleichheitsgrundsatz in der deutschen Wissenschaftslandschaft und ein gezieltes Herausheben einzelner Einrichtungen aus der Masse. Die aktuelle Zukunftsstrategie Forschung und Innovation verfolgt mit ihren sechs Missionen und 30 Teilmissionen gesellschaftlich relevante Ziele. Es mangelt den Missionen jedoch an klaren Projektplänen. Künftig sollten Missionen unter deutlich engerer Einbindung der Wirtschaft erarbeitet und festgelegt werden. Sie sollten dann mit klaren Zuständigkeiten, Zeitplänen und Erfolgsindikatoren versehen werden. Nur dann wird es gelingen, die großen Herausforderungen unserer Zeit über strategisch ausgerichtete Forschungs- und Innovationspolitik zu bewältigen.

Mikroelektronik-Ökosystem resilient aufstellen

Das europäische Mikroelektronik-Ökosystem, geprägt durch fragile Lieferketten, hohe Anfangsinvestitionen, fortlaufende Innovationskosten und lange Entwicklungszyklen, darf angesichts handelspolitischer Spannungen und des internationalen Subventionswettlaufs nicht den Anschluss verlieren. Daher ist es erforderlich, in der Förderkulisse die Anwenderbedarfe zu antizipieren und die gesamte Wertschöpfungskette zu berücksichtigen, um Versorgungssicherheit zu gewährleisten und Technologietrends nicht zu verpassen. Europa sollte sich durch besondere High-End-Produkte im internationalen Ökosystem unverzichtbar machen. Zudem sollte sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten einen ausgewogenen Ansatz bei der Umsetzung von Exportkontrollen verfolgen, der sowohl die Sicherheitsinteressen als auch die Bedürfnisse der Unternehmen berücksichtigt.

Molekülwende zum Erfolg bringen

Derzeit gibt es für die Unternehmen noch sehr große Unsicherheiten, wann und zu welchem Preis die Versorgung mit Wasserstoff bzw. CO₂-armen Molekülen gelingt und ob die erhoffte Skalierung tatsächlich in planbaren Zeiträumen zu wettbewerbsfähigen Preisen führen kann. Dabei gehört zur Energieversorgung neben Strom auch der kostengünstige und sichere Zugang zu Molekülen, insbesondere Wasserstoff und Wasserstoff-Derivaten sowie CO₂-neutralen Biokraftstoffen. Die Bundesregierung muss den nationalen und europäischen Rechtsrahmen harmonisiert weiterentwickeln, sich für praxistaugliche Definitionen von kohlenstoffarmem und erneuerbarem Wasserstoff sowie CO₂-Bezugsquellen einsetzen und in der Transformationsphase die Nutzung von kohlenstoffarmem – wie z. B. blauem – Wasserstoff ermöglichen. Es gilt, den Aufbau der Wasserstoff-Infrastruktur energisch – auch auf europäischer Ebene – voranzutreiben, steuerliche Rahmenbedingungen zu verbessern, Investitionen in CO₂-neutrale Kraftstoffe zu ermöglichen sowie Raffinerien in die Molekülwende einzubinden. Auf Abnehmerseite braucht es mehr Anreize, z. B. nationale Ausschreibungen der European Hydrogen Bank, weitere Klimaschutzverträge sowie die Entwicklung von grünen Leitmärkten. Parallel müssen internationale Partnerschaften vorangetrieben, Handelshemmnisse abgebaut und auktionsbasierte Instrumente wie H2Global gestärkt werden. Höhere Kosten erneuerbarer Moleküle erfordern Carbon-Leakage-Schutzmechanismen, die die internationale Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen, auch im Luft- und Seeverkehr, sichern.

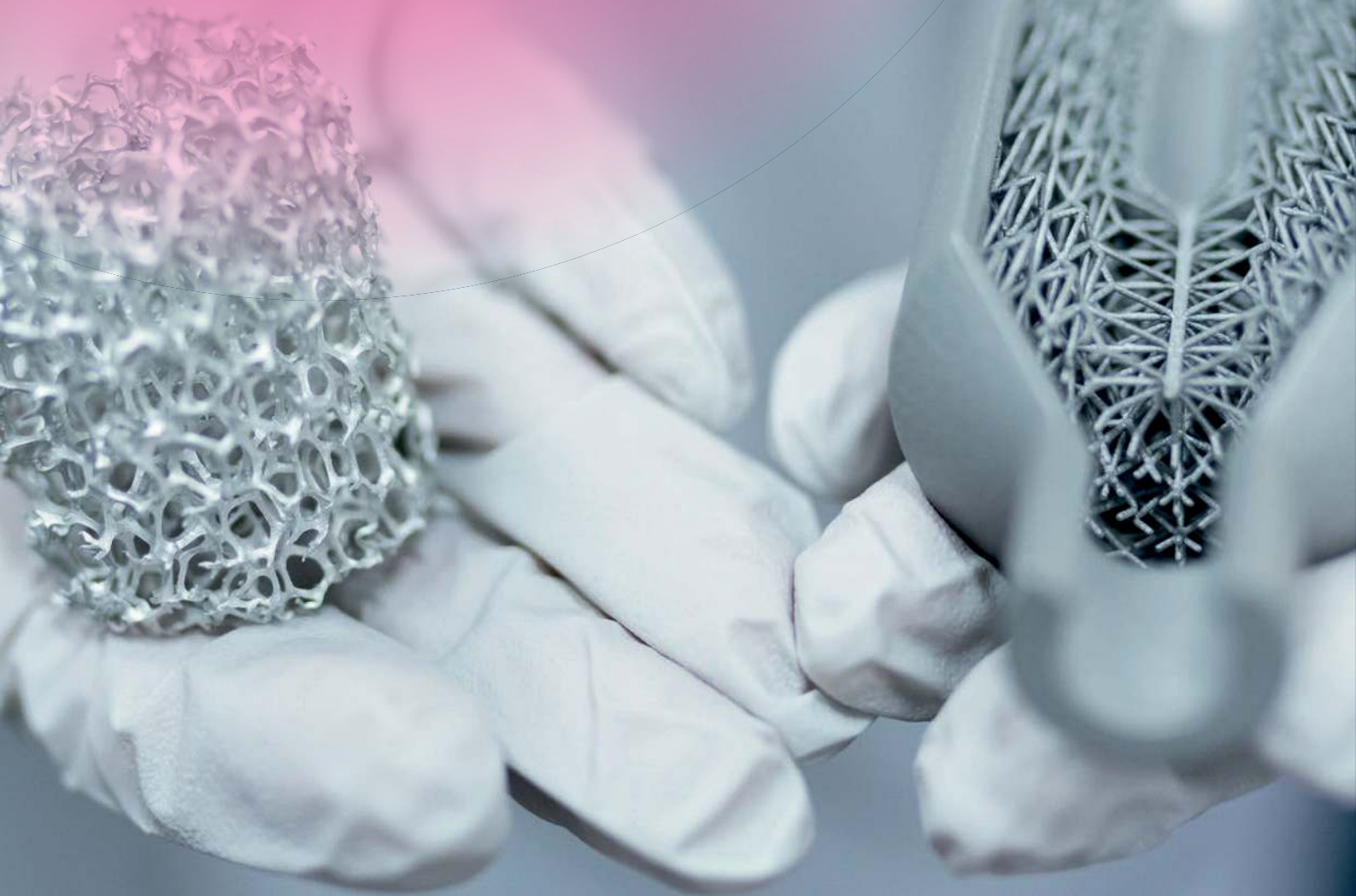
Kohlenstoffspeicherung zulassen und anwenden

Kohlenstoffmanagement ist ein unverzichtbares Element einer umfassenden Klimastrategie und beinhaltet neben Carbon Capture and Storage (CCS) und Carbon Capture and Utilization (CCU) auch die CO₂-Entnahme aus der Atmosphäre (Carbon Dioxide Removal, CDR). Damit der Hochlauf dieser Technologien gelingt, müssen zunächst der nationale und europäische Regulierungsrahmen weiterentwickelt und wichtige Fragen wie zu Permanenz, Haftung, Messung, Berichterstattung und Überprüfung sowie Accounting von Negativemissionen geklärt werden. Aufgrund der hohen Kosten werden zudem kurzfristige Förderregime und eine Perspektive auf eine langfristige Marktfähigkeit benötigt. Dem beschleunigten Aufbau und dem De-Risking einer CO₂-Transport- und Speicherinfrastruktur kommt dabei eine entscheidende Bedeutung zu.

Bürokratiearme und innovationsfördernde Durchführung von AI Act und Data Act

Die Implementierung der neuen gesetzlichen EU-Vorgaben zum AI Act und Data Act stellen die deutsche Industrie vor enorme Herausforderungen, da große Rechtsunsicherheiten mit Blick auf den Anwendungsbereich und das Verhältnis zu anderen gesetzlichen Regelungen, insbesondere zur EU-DSGVO, bestehen. Deshalb bedarf es sehr zeitnah einer bürokratiearmen und innovationsfördernden Durchführung, die eine klare Kompetenzverteilung mit ausreichender personeller Ausstattung der Bundesnetzagentur als zentraler Behörde und im Falle des Data Acts einen moderaten Sanktionsrahmen vorsieht. Für die Durchführung des AI Acts ist es dringend erforderlich, eine handlungsfähige Behörde zu benennen, die angesichts der umfangreichen nachgelagerten Rechtsakte die Interessen der deutschen Industrie auf europäischer und internationaler Ebene kompetent vertritt.

Innovationen sind der Kern unseres wirtschaftlichen Erfolgs, die dem Standort im geoökonomischen Wettbewerb den entscheidenden Vorteil verschaffen.



Deutschland als starker Partner der Welt

Wir müssen Deutschlands und Europas Stärken stärken, um im globalen Standortwettbewerb mitzuhalten und Investitionen anzuziehen.



Sinkende Weltmarktanteile sind ein deutliches Warnsignal für die drittgrößte Volkswirtschaft, die ihren wirtschaftlichen Erfolg maßgeblich auf den Export weltweit nachgefragter, hochwertiger Technologien und entsprechende Geschäftsmodelle stützt. Europas Strahlkraft schwindet, seinen Wettbewerbern gelingt es besser und schneller, Märkte zu öffnen und neue Partnerschaften zu schließen. An erster Stelle steht, Europas Stärken zu festigen, um im globalen Standortwettbewerb mitzuhalten und Investitionen anzuziehen. Deutschland muss sich gleichzeitig in der EU für eine pragmatische Handelspolitik einsetzen, die Abschied davon nimmt, durch überbordende moralische Vorstellungen und Nachhaltigkeitskriterien Europa ins Abseits zu befördern. Nur so gelingt die dringend notwendige Diversifizierung von Lieferquellen und Absatzmärkten. Angesichts des Umbruchs der internationalen Beziehungen braucht es eine ganzheitliche Resilienz – von einer verlässlichen Rohstoff- und Gesundheitsversorgung bis hin zum Cyberschutz des Standorts. Die liberale Wirtschaftsordnung als Kernbestandteil des freiheitlichen Lebensmodells ist untrennbar mit dem transatlantischen Bündnis verbunden. Deutschland und Europa müssen mithilfe einer leistungsfähigen Rüstungsindustrie zur starken Säule einer abschreckungs- und verteidigungsfähigen NATO werden.

Aktive Gestaltungsrolle in Europa einnehmen

Deutschland ist das größte Land in der EU. Die Bundesregierung muss daher künftig wieder eine aktive Gestaltungsrolle in der Europapolitik spielen. Das erwarten auch andere Mitgliedstaaten von uns. Das sprichwörtliche „German Vote“, also eine Enthaltung im Rat, wird diesem Anspruch nicht gerecht und muss vermieden werden. Um der Bedeutung der EU für die politische und wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands Rechnung zu tragen, sollte die Bundesregierung an den Tagungen des Rates stets auf Ministerebene teilnehmen. Um die Interessen der deutschen und europäischen Industrie vertreten zu können, muss sie in den wichtigen Fragen der Wirtschaftspolitik Allianzen mit gleichgesinnten Partnern bilden. Eine enge deutsch-französische Abstimmung bleibt dabei der zentrale Faktor für die Entscheidungsfindung in der EU.

Neue europäische Industriestrategie entwickeln

Die Bundesregierung muss mit Nachdruck für eine neue europäische Industriestrategie eintreten, die Wettbewerbsfähigkeit und Widerstandskraft stärkt. Im Mittelpunkt sollten der Bürokratieabbau, die Schaffung einer funktionierenden Kapitalmarktunion, die Finanzierung strategischer Zukunftsinvestitionen, die Weiterentwicklung des Europäischen Binnenmarktes, die Stärkung der Innovations-

fähigkeit sowie die pragmatische Verhandlung von Handelsabkommen mit strategischen Partnern stehen. Dazu bedarf es dringend einer frühzeitigen ressortübergreifenden Positionierung zu europapolitischen Dossiers, um deutsche Interessen im Rat besser vertreten zu können.

Den europäischen Binnenmarkt konsequent vertiefen

Es gilt, mit Nachdruck verbleibende Barrieren im Binnenmarkt, insbesondere für den Mittelstand, abzubauen. Dazu gehören: Potenziale des Dienstleistungssektors u. a. durch die vollständige Um- und Durchsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie zu heben, den digitalen Binnenmarkt durch innovationsfördernde Implementierungskonzepte der EU-Digitalgesetzgebung und des European Health Data Space zu vollenden sowie den Energiebinnenmarkt zu stärken, indem private Investitionsrisiken grenzüberschreitender Projekte abgesichert werden. Hierbei sollte sich die Bundesregierung bei den kommenden Verhandlungen zum neuen Mehrjährigen Finanzrahmen der EU für eine deutliche Erhöhung des Förderprogramms CEF-E (Connecting Europe Facility for Energy) einsetzen.

Neue Freihandelsdynamik entfachen

Um ihre Handelsbeziehungen zu diversifizieren, muss die EU vor allem dringend neue Freihandelsabkommen abschließen. Ergänzend zu den traditionellen, umfassenden Abkommen muss die EU kompaktere und flexiblere Ansätze in den Blick nehmen. Deutschland sollte sich für mehr Flexibilität und einen individuellen, auf den Handelspartner zugeschnittenen Ansatz insbesondere bei der Erreichung von Nachhaltigkeitszielen einsetzen. Investitionsschutz und Freihandelsabkommen voneinander getrennt zu verhandeln, kann hier eine Möglichkeit sein. Der Schutz europäischer Investitionen im Ausland ist wichtig. Die komplexen Verhandlungen zu Freihandelsabkommen scheitern jedoch oft an den gegenseitigen Anforderungen der Verhandlungspartner im Bereich des Investitionsschutzes. Die WTO bleibt für weltweit gleiche Wettbewerbsbedingungen unverzichtbar. Eine Vertiefung von plurilateralen Allianzen (z. B. das Mehrparteien-Interims-Schiedsverfahren –MPIA – als Alternative zum bestehenden Streitbeilegungsgremium) würde dazu beitragen, den aktuellen Reformstau zu überwinden und die multilaterale Handelsliberalisierung voranzubringen. Darüber hinaus sind Partnerschaften mit Entwicklungs- und Schwellenländern für Deutschland und die EU immer wichtiger. Die Bundesregierung sollte die europäische Initiative Global Gateway weiter vorantreiben.

Die europäische Verteidigung stärken

Sicherheit ist elementar für Frieden, Freiheit und Wohlstand in Europa. Es ist daher von übergeordnetem Interesse, die Bundeswehr schnell und schlagkräftig auszustatten. Die bisherigen Anstrengungen reichen dazu bei Weitem nicht aus. Deutschland muss angesichts der Bedrohung durch Russland einen substanziellen militärischen Beitrag zur europäischen Sicherheitsvorsorge im NATO-Rahmen leisten. Hierfür braucht es eine Erhöhung des Verteidigungsetats, langfristige Verpflichtungsermächtigungen und schnellere Beschaffungsprozesse. Notwendig ist zudem eine bessere Zusammenarbeit mit Start-ups, um Innovationen schneller in die Truppe zu bringen.

Gegen Protektionismus in den transatlantischen Beziehungen wappnen, gleichzeitig Angebote machen

Die transatlantischen Wirtschafts- und Technologiebeziehungen sind von enormer Bedeutung und werden es bleiben. Die EU hat verschiedene Optionen, auf US-Zölle, die der künftige US-Präsident angekündigt hat, mit Gegenmaßnahmen zu reagieren. Wenn möglich, sollten Zölle jedoch dringend vermieden werden. Stattdessen sollte die EU selbstbewusst für ausgewogene Kompromisse eintreten. Brüssel sollte den USA Angebote und Vorschläge machen, wie die Zusammenarbeit zum beiderseitigen Nutzen vertieft werden kann. Dafür muss sich die neue Bundesregierung mit Nachdruck einsetzen.

Resilienz durch Rohstoffsicherheit

Im geopolitischen Systemwettbewerb ist es notwendig, sowohl Verwundbarkeiten zu reduzieren als auch wirtschaftlich anschlussfähig und international vernetzt zu bleiben. Dafür braucht es eine ganzheitliche Strategie zur Sicherung der Versorgung mit kritischen Rohstoffen. Sie muss die Diversifizierung der Lieferketten, die Stärkung der gesamten heimischen Produktionskette (Bergbau, Verarbeitung, Recycling etc.), Kooperationen mit rohstoffreichen Ländern, die Stärkung der Kreislaufwirtschaft sowie Investitionen in Forschung und Entwicklung umfassen.

China mit einer gemeinsamen europäischen Strategie begegnen

China ist ein wichtiger Absatzmarkt, großer Produktionsstandort und nicht zuletzt ein bedeutender Innovationsstreiber. Der chinesische Markt bleibt daher einer der zentralen Märkte für die deutsche Industrie. Dennoch ist es richtig, dass EU-Kommission und Bundesregierung das Konzept des De-Risking ins Zentrum ihrer Chinastrategien gestellt haben. Dafür gilt es, Offenheit und Austausch gegenüber dem Schutz vor Wettbewerbsverzerrungen, kritischen Abhängigkeiten und Sicherheitsrisiken auszubalancieren. Effektive Defensivinstrumente sind wichtig, sollten aber gezielt und in Abstimmung mit den betroffenen Branchen eingesetzt werden. Viel entscheidender sind aber die offensiven Impulse in der Industrie- und Außenwirtschaftspolitik. Die kommende Bundesregierung muss im Umgang mit China und auch mit anderen Staaten konsequent europäische Ansätze verfolgen, weil nur ein geeintes und starkes Europa im Systemwettbewerb mit China bestehen kann.

Im geopolitischen Systemwettbewerb ist es notwendig, sowohl Verwundbarkeiten zu reduzieren als auch wirtschaftlich anschlussfähig und international vernetzt zu bleiben.

Impressum

Herausgeber

Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.
Breite Straße 29
10178 Berlin
T.: +49 30 2028-0
www.bdi.eu

Ansprechpartner

Peter Mair
Abteilungsleiter
Strategische Planung und Koordination

Julian Ostendorf
Stellv. Abteilungsleiter
Strategische Planung und Koordination

Konzeption & Umsetzung

Sarah Schwake
Abteilung Kommunikation

Layout & Satz

Maria Dolecek

Stand

Dezember 2024

Bildnachweis

Cover | Marina Endzhirgli | Pexels
S. 4 | cocoparisienne | Pixabay
S. 7 | Thibaud | Pixabay
S. 8 | litemon | Pixabay
S. 11 | 628013710 | AdobeStock
S. 12 | flo222 | Pixabay
S. 15 | cottonbro | Pexels
S. 16 | kkolosov | Pixabay
S. 19 | ThisIsEngineering | Pixabay
S. 20 | Deniz Caglayan | unsplash
S. 23 | 851652210 | AdobeStock

Der BDI in den sozialen Netzwerken

*Verfolgen Sie tagesaktuell unsere Beiträge in den sozialen Medien.
Wir freuen uns über Likes, Retweets und Kommentare.*

Newsletter

bdi.eu/media/newsletter-abo



LinkedIn

linkedin.com



X

[@Der_BDI](https://twitter.com/Der_BDI)



YouTube

youtube.com/user/bdiberlin



Instagram

instagram.com/der_bdi/



